

## Wie NATO und EU ein faschistoides Regime in Europa etablieren halfen

# Die Steigbügelhalter der Maidan-Putschisten

Russophobie prägt die Haltung und das Handeln der „politischen Elite“ der USA, ihrer NATO-Gefolgschaft und der imperialistischen Leitmedien. Die Initiatoren des Ukraine-Konflikts brauchen die antirussische Dauerkampagne, um die internationale Atmosphäre zu vergiften und ihre friedensfeindlichen Aktivitäten ideologisch zu bemänteln. Rußland und seinem Präsidenten werden seit geraumer Zeit alle destruktiven, die Spannungen anheizenden Mächenschaften, alle nur denkbaren Verbrechen unterstellt. Die Ursachen des Ukraine-Konflikts sollen nach dem Kalkül seiner Erfinder vergessen gemacht werden.

Und in der Tat: Wer denkt denn heute noch an den im Februar 2014 in Kiew vollzogenen „Regime Change“ – den politischen Pferdewechsel –, der zur Installierung eines von Faschisten durchgesetzten Putschistenregimes führte? Damals wußte Springers „Welt“ mit vorgespiegelter Überraschtheit zu berichten: „Nationalistische Antisemiten regieren in Kiew mit Prügel, Juden- und

Ausländerhaß. Die Partei Swoboda ist in der Übergangsregierung und gibt sich scheinbar pro-europäisch.“ Deren Chef Tjagnibok erklärte seinerzeit, die Stunde sei gekommen, um gegen die „russisch-jüdische Mafia“ vorzugehen. „Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue ..., die Judenschweine und andere Unarten“, gab der „Politiker“ von sich. Die ans Ruder gelangten Putschisten hoben seinerzeit als erste Maßnahme das Verbot faschistischer Propaganda auf. Sie annullierten die Zulassung des Russischen als zweite Amtssprache in der Ukraine. Radikal-nationalistische, fanatisch antirussische und sogar offen faschistische Kräfte spielten fortan in Kiew die erste Geige.

Wer erinnert sich noch an die „Orangene Revolution“ von 2004, bei der die BRD bereits zu den Drahtziehern gehörte? Oder daran, daß die USA 5 Milliarden Dollar lockermachten, um einen Umsturz und die Eingliederung des Landes in NATO und EU zu ermöglichen? Platte Russophobie soll all diese Tatsachen aus unserem Gedächtnis verdrängen.

Worum es Washingtons Geostrategen in der Auseinandersetzung mit Rußland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging und weiterhin geht, hatte US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski schon 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ folgendermaßen umrissen: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem europäischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt.“ Brzezinski verband diese

Vorstellung mit dem Anspruch der USA auf alleinige Führung der Welt. Deshalb gehe es in der Globalstrategie der Vereinigten Staaten darum, „... keinen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen“ könnte. Und

imperialistische Propaganda nicht müde, den Einmarsch immer neuer russischer Kampfverbände und Panzerkolonnen in das Gebiet zu erfinden.

Die millionenschwere Haßpredigerin Julia Timoschenko behauptete allen Ernstes,

Moskau betreibe eine „Neuzeichnung von Weltkarten durch Kriege, Massenmord und Blut“. Jene aber, welche in der Ukraine Faschisten mit in den Sattel gehoben hatten, versuchten plötzlich „in antifaschistischen Gewändern“ Eindruck zu schinden. BRD-Spardiktator Schäuble – der Würger Athens Nr. 1 – diffamierte Putin als „Landräuber à la Hitler“. Massenmedien der BRD überschlugen sich in der Behauptung, Putin führe einen „unerklärten Krieg“ und vertrete einen „lupenreinen Faschismus“. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die EU-Staaten, die USA und die Ukraine gegen einen im Dezember 2014 den UN unterbreiteten Resolutionsentwurf stimmten, der den „Fortbestand und das Wiederaufleben von Neonazismus, Neofaschismus und gewalttätigen nationalistischen Ideologien“ verurteilt.

In der Dauerkampagne gegen Moskau meldete sich wiederholt die des Russischen hervorragend mächtige Frau Merkel, die in der UdSSR ein Ergänzungsstudium absolviert hatte, zu Wort. So erklärte sie: „Wer keinen Widerstand leistet, hat schon verloren.“ Später steigerte sie sich in die Behauptung, Rußlands Politik stelle „die europäische Friedensordnung infrage“. Ihr Vize Gabriel durfte im Chor der Haßsänger natürlich nicht fehlen. Rußland sei bereit, „Panzer über europäische Grenzen rollen zu lassen“, trompetete er. Auch US-Vizepräsident Joe Biden, der emsig an der Inszenierung des Kiewer Putsches mitgewirkt hatte, sah angesichts der „russischen Bedrohung“ schon mal den „Ernstfall“, also das mögliche Erfordernis militärischen Eingreifens der NATO. Auch der bereits erwähnte Brzezinski blieb da nicht stumm. Er forderte eine Intervention des imperialistischen Kriegspaktes. Der seit Jahren auf das intimste mit CIA und NATO vernetzte Antisemit und Faschisten-Hätschler Jazenjuk, der unterdessen zum Ministerpräsidenten der Ukraine avanciert war, verstieg sich nicht nur dazu, von einem „russischen Angriff auf die Weltordnung“ zu sprechen. Er beging auch die Infamie, den ausschlaggebenden Anteil der Roten Armee an der Befreiung Europas zu verunglimpfen: „Wir können uns alle sehr gut an den sowjetischen Anmarsch auf die Ukraine und nach Deutschland erinnern“, gab er von sich.



Lwiw: Faschisten auf der Straße wie im Parlament und in der Exekutive

weiter: „Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Länder der Erde gebieten.“

Einer solchen Konzeption steht Rußland im Wege. Was sich erst nach Putins zweiter Wahl zum Präsidenten so deutlich herausstellen sollte: Er bereitete dem Ausverkauf des Landes ein Ende, wahrt nationale Interessen und tritt für eine multipolare Welt ein. Auf internationalem Parkett zeigte sich Moskau wiederholt mit Initiativen für die friedliche Koexistenz kapitalistischer Staaten. Bekanntlich verhinderte Rußland auch, daß es zu den von Obama angekündigten wochenlangen Militärschlägen der USA gegen Syrien kam, wodurch ein gefährlicher Flächenbrand in der Region zunächst eingeschränkt wurde.

Die Russophobie steigerte sich zu regelrechten Haßtiraden, als die Bürger der Autonomen Republik Krim in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts bei einem völkerrechtsgemäßen Referendum für den Beitritt zur Russischen Föderation optierten und die Vertragsunterzeichnung über die Eingliederung des strategisch bedeutsamen Territoriums erfolgte. Die antirussische Hysterie potenzierte sich noch, als die Selbstbehauptungskräfte der Ostukraine gegen von Kiew inspirierte, gelenkte oder unterstützte faschistische und ultranationalistische Gruppierungen vorgingen. Während die um Poroschenko und Jazenjuk versammelten Putschisten angeblich eine „antiterroristische Aktion“ in der Ostukraine unternahmen, wurde die

Derselbe Mann sah noch eine Steigerungsmöglichkeit: „Rußland will den Dritten Weltkrieg!“

Auch Politiker in den baltischen Ländern und Polen produzieren sich nicht minder lautstark im Chor der Russenhasser. Obama wollte indes in dieser Schmutzkampagne die Führungsrolle behalten. Deshalb ordnete er Rußland zwischen der Ebola-Epi-

Das vom US-Repräsentantenhaus beschlossene „Gesetz zur Verhinderung einer russischen Aggression“ gibt Obama „grünes Licht“, um – nach Einschätzung des kanadischen Wissenschaftlers und Friedensaktivisten Prof. Michel Chossudovsky – „ohne weitere Zustimmung des Kongresses in einen Prozeß der militärischen Konfrontation mit Rußland einzutreten“. Teil

Gegners schützen. Im übrigen hat sich auch die nukleare Planungsgruppe der NATO im Februar „mit den Gegebenheiten befaßt“ – nicht zuletzt mit dem Stand der Entwicklung einer atomwaffentragenden Drohne. Bei einer solchen Fülle von Aktivitäten für einen friedensgefährdenden Konfrontationskurs kommen sich Falken wie der Oligarch Poroschenko, Polens Präsident Komorowski und dessen Bruder im Geiste Kaczynski offenbar schon wie im wildesten Kriegsgetümmel vor. Der Kiewer meinte: „Ich habe keine Angst vor russischen Truppen, wir haben uns auf das Szenario für einen totalen Krieg vorbereitet.“ Komorowski befürwortet, daß „für den Ernstfall ... im großen Rahmen eine NATO-Infrastruktur aufgebaut wird“. Kaczynski schließlich verlangt eine stabile polnische Armee, damit bei einem russischen Angriff „ein richtiger Krieg ausbricht und nicht irgend so eine Intervention“.

Die besonders scharfmacherische litauische Regierung hat den Bürgern des Landes eine Broschüre mit Ratschlägen aushändigen lassen, wie sie „Widerstand gegen Interventionen leisten und den Krieg überleben“ könnten. Mit anderen Worten: Die psychologische Kriegsführung boomt.

Doch es gibt auch Bemühungen um eine politische Lösung der Ukraine-Krise, die dem entgegenwirken. Minsk 2 führte ansatzweise zu positiven Ergebnissen. Allerdings sind die USA hier nicht mit von der Partie. Der „Friedensnobelpreisträger“ im Weißen Haus, für den es nur eine unipolare Welt unter Führung der USA gibt, versicherte vor Jahresfrist an der Militärakademie West Point, die Vereinigten Staaten würden „künftig auch allein in den Krieg ziehen, wenn die Kerninteressen des Landes bedroht“ seien. Zu diesen gehört, Putins Rußland aus der Weltpolitik auszuschalten. Und so schickt die US-Administration nicht nur Militärberater und Ausbilder zu den in der Ukraine bereits eingesetzten Militärs, sondern erwägt auch die Lieferung „tödlicher Waffensysteme“, wozu sie ein Kongreßbeschluß drängt. Polen stellt bereits solche Ausrüstungen für die ukrainische Bürgerkriegsarmee bereit. Zugleich fordert Washington von der EU weitere Sanktionen gegen Rußland, um Moskau wirtschaftlich in Bedrängnis zu bringen.

70 Jahre nach der Befreiung der Völker Europas vom Faschismus hat die imperialistische Führungsmacht – unterstützt von ihren „Hiwis“ in der NATO und zeitweilig sogar im Bunde mit Dschihadisten, in der Ukraine auch mit offenen Faschisten – etliche Länder mit Krieg überzogen. Man denke nur an Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen, Syrien, Sudan, Somalia und Jemen. Jetzt wird auch Europa akut bedroht. Der Schwur, die Hoffnung, der Wunsch aus der Zeit vor 70 Jahren „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ und die darin eingeschlossene Verpflichtung zur Tat besitzen höchste Aktualität. Unsere Zeit braucht mehr denn je Aufklärung über die verbrecherischen Pläne der „Weltneuordner“, die mit dem Schicksal der Menschheit Schindluder treiben. **Prof. Dr. Georg Grasnack**



**Stolzer Gastgeber des Swoboda-Häuptlings: BRD-Außenminister Steinmeier, links, und der ukrainische Faschistenboß Tjagnibok (rechts) auf einem Empfang in der Kiewer BRD-Botschaft (2014). In der Mitte: der Zögling der Adenauer-Stiftung Box-Star Klitschko**

demie in Westafrika und dem Wüten des IS als dritten Hauptgefahrenherd ein, mit dem sich die Menschheit konfrontiert sehe. Die Bedrohungslüge hat viel Unheil über die Welt gebracht. Das kaiserlich-imperialistische Deutschland bediente sich ihrer zur Auslösung des Ersten Weltkriegs. Vierzehn kapitalistische Staaten nutzten sie schon kurz nach der Oktoberrevolution als Vorwand zum Einfall in das junge Sowjetland. Von Rechtskonservativen in der Weimarer Republik gepredigt und durch Hitler zum ideologischen Ausgangspunkt für das Welteroberungsprogramm der Nazis mit seinem Kern – dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion – ins Feld geführt, konnte auch Bonn von dieser Jahrhundertlüge nicht lassen. Schon in den ersten Jahren des Bestehens der BRD benutzte sie Adenauer, um den Volkswiderstand gegen die Remilitarisierung zu brechen. Die USA griffen die Lüge von der „roten Gefahr“ auf, um das Wettrüsten anzuzünden. Nach dem Untergang der UdSSR mutierte der Antisowjetismus dann fast über Nacht zur Russophobie. Sie gehört seitdem zum Arsenal des vom Imperialismus geführten psychologischen Krieges.

Wortbrüchig erfolgte ab Mitte der 90er Jahre die Ostausdehnung der NATO durch die Eingliederung von zwölf im Vorfeld Rußlands gelegenen Staaten in das imperialistische Interventionsbündnis. Dieser Einkreisungskurs erreichte mit dem Ukraine-Konflikt eine neue Dimension.

dieses Konzepts ist die Errichtung zusätzlicher NATO-Stützpunkte als Operationszentren für den „Konfliktfall“. Schweres Kriegsgerät wird in neu geschaffenen Basen konzentriert. Damit verbundene Truppenstationierungen sowie Manöver in Grenznähe zu Rußland und dem Schwarzen Meer dürften in Zukunft noch häufiger stattfinden. Eine vorerst auf 30 000 Mann veranschlagte Sondereingreiftruppe wird geschaffen, bei deren Aufbau die Bundeswehrmacht – so wörtlich – als „Speerspitze“ die Schlüsselrolle übernimmt. Im Baltikum bewegen sich NATO-Truppen nur etwa 150 km von St. Petersburg entfernt, was bei der russischen Bevölkerung zwangsläufig Erinnerungen an die eine Million Opfer fordernde Blockade Leningrads heraufbeschwört.

NATO-Oberbefehlshaber Breedlov sprach Klartext, als er sagte: Der Aufmarsch erfolge, damit „ein schneller Einsatz von Tausenden Soldaten gegen Rußland möglich ist“. Bundeswehrgeneral Domröse, NATO-Oberbefehlshaber für Nord- und Osteuropa, geriet geradezu ins Schwärmen: „Die NATO muß sich für eine mögliche Kriegsführung im 21. Jahrhundert fit machen. Dazu gehört die Abwehr von konventionellen Angriffen ...“ Domröse ließ die Gefahr eines nuklearen Zusammenpralls unerwähnt, obwohl der sogenannte NATO-Raketenabwehrschirm beschleunigt auf- und ausgebaut wird. Mit ihm sollen eigene Atomschläge den Westen vor einem Zweitschlag des

## Warum sich Bonn einem Friedensvertrag entzog: Nur keine Reparationen!

# SBZ und DDR zahlten die Zeche allein

Griechenland fordert von der Bundesregierung Reparationen“ und „Duma-Abgeordnete wollen Reparationen von Deutschland“ lauteten Schlagzeilen, die mir zu Frühjahrsbeginn ins Auge sprangen. Mich freute es, daß das Thema von Deutschen erbrachter oder nichterbrachter Reparationen jetzt wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Warum? So besteht die Möglichkeit, auf die großen Leistungen der Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hinzuweisen, die sie auch auf diesem Gebiet vollbracht haben. Ich bin mir sicher, daß hier im Westen nur ganz wenige Leute darüber Bescheid wissen, welche enormen Lasten sie zu tragen hatten. Gewissermaßen zahlten die „Ostler“ die Zeche für ganz Deutschland.

Da ich davon ausgehe, daß auch frühere DDR-Bürger mit exaktem Zeitzeugen-Wissen in bezug auf diese frühe Nachkriegsphase immer rarer werden, habe ich ein paar Informationen zusammengetragen und deren Wertung vorgenommen. Gleich nach Kriegsende wurden die Altbankkonten in der SBZ (Gesamtwert 37 Milliarden Reichsmark) beschlagnahmt. Alles Buchgeld bei Sparkassen und Banken in Form von Sicht-, Termin- und Spareinlagen wurde gelöscht. Bis 1953 hatten die Wiedergutmachungslieferungen, die an die UdSSR gingen, den Wert von 99 Milliarden DM. An einem Beispiel will ich diese Zahl verdeutlichen. Die Gesamtsumme des Grundkapitals und der Rücklagen aller Aktiengesellschaften in den drei Westzonen belief sich vor der Währungsreform, die am 20. 6. 1948 erfolgte, auf 14,644 Milliarden Reichsmark oder – am Tag danach – auf 14,363 Milliarden DM. Die im Osten erbrachten Reparationsleistungen machten also etwa das Siebenfache des Wertes aller Aktiengesellschaften im Westen aus. Es darf nie vergessen werden, für welche Schäden diese Unsummen aufzubringen waren. Eine Statistik darüber, was Nazi-Deutschlands Strategie der verbrannten Erde in der Sowjetunion zur Folge hatte, soll das Bild deutlicher machen. Auf der Internetseite von Klaus Wallmann sind die materiellen Verluste aufgelistet.

- 1710 Städte und mehr als 70 000 Dörfer wurden ganz oder teilweise eingeäschert.
- Über sechs Millionen Gebäude wurden niedergebrannt, wodurch etwa 25 Millionen Menschen ihr Obdach verloren.
- 31 850 Industriebetriebe fielen der Zerstörung durch die deutschen Faschisten zum Opfer. In ihnen waren zuvor etwa

- Sie schlachteten, requirierten oder verschleppten 6 Mio. Pferde, 17 Mio. Stück Rindvieh, 20 Mio. Schweine, 27 Mio. Schafe und Ziegen sowie 110 Mio. Stück Geflügel nach Deutschland.

Klaus Wallmann fügt hinzu: „Das Leid der Obdachlosen, der Verhungerten, der Gequälten und Geschlagenen läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken.“

Im Zusammenhang mit den von der SBZ/DDR erbrachten Reparationszahlungen müssen auch die Sonderleistungen für die Aufnahme von Übersiedlern aus Schlesien und dem Sudetenland gesehen werden. Das Gebiet der SBZ nahm 4,379 Millionen Menschen auf. Das waren 24,3 % der dortigen Gesamtbevölkerung. Dieser Anteil betrug in den Westzonen, wo 6,4 Millionen Übersiedler eine neue Heimat fanden, nur 14 %. Wichtig ist zu wissen, daß die Betroffenen fast ihre gesamte Habe hatten zurücklassen müssen. Dafür, daß sie sich eine

neue Existenz aufbauen konnten, sorgten in der SBZ ganz wesentlich die dort schon ansässig gewesenen 13,5 Millionen Menschen. Solchen Belastungen unterlag

keine Region der drei Westzonen. Und dennoch bauten die Menschen im Osten ihr Land wieder auf, ohne daß es zu Hungerrevolten kam, wie das in den Westzonen der Fall war.

Nur ein Beispiel aus Bayern: „Der Winter 1947/48 ist besonders hart. In der Britischen Besatzungszone drohen Hungeraufstände. Bayern hat angeblich zu wenig Lebensmittel geliefert. Der bayerische Militärgouverneur Van Wagoner ordnet vermehrte Lieferungen in die Britische Zone an und senkt für Bayern Fleisch- und Fettzuteilungen.“ Die Menschen in

der SBZ, der späteren DDR, hatten keine Möglichkeit, sich der äußerst harten, aber berechtigten Reparationsleistungen, die jeden trafen, zu entziehen.

Anders verhielt es sich in den drei Westzonen. Ich zitiere Franz Joseph Strauß, der in seinem Buch „Die Erinnerungen“ auf Seite 257 genau beschrieb, warum Adenauer und er gegen einen Friedensvertrag waren:

„Bei allen Beratungen über den Deutschlandvertrag war von vornherein klar, daß dies kein Friedensvertrag sein konnte und durfte. Ein Friedensvertrag hätte nur von einer gleichberechtigten am



Von den deutschen Faschisten in Brand geschossenes Haus

vier Millionen Arbeiter beschäftigt. Die Okkupanten demolierten oder stahlen 239 000 Elektromotoren und 175 000 Werkzeugmaschinen.



Der Barmaley-Brunnen im zerstörten Stalingrad 1942

Foto: Emmanuil Jewserichin

- Ihrer Vernichtungswut fielen 65 000 km Eisenbahngleise und 4100 Eisenbahnstationen sowie 36 000 Post-, Telegraphen- und Fernsprechkämer zum Opfer.
- 40 000 Krankenhäuser und andere Heilanstalten wurden ebenso zerstört wie 84 000 Schulen, Technika, Hochschulen und wissenschaftliche Forschungsinstitute.
- 43 000 öffentliche Bibliotheken teilten dieses Schicksal.
- Die Faschisten verwüsteten und plünderten 98 000 Kolchosen und 1876 Staatsgüter (Sowchosen) sowie 2890 Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS).

Verhandlungstisch sitzenden gesamtdeutschen Regierung geschlossen werden können. Hinzu kam eine weitere wichtige Überlegung, die ich persönlich schon in den Gesprächen mit Josef Müller unmittelbar nach dem Krieg entwickelt hatte und die auch Konrad Adenauer nicht aus dem Auge verlor: Wenn wir einen Friedensvertrag schließen, dann verlangt man von uns Reparationen.

Da wir aber nicht bereit und nicht in der

Hier in Niederbayern habe ich keineswegs unbegrenzte Möglichkeiten, mich zu dieser Frage zu äußern. Aber als das Thema Reparationsleistungen der BRD an Griechenland in den Medien aufgeworfen wurde, sprachen mich meine Söhne – sie sind 32 und 36 – darauf an. In einer längeren Unterhaltung vermochte ich ihnen das von den Menschen im Osten auf diesem Gebiet Geleistete zu erklären. Sie stellten mir viele Fragen, weil ihnen dieser Sachverhalt völlig unbekannt



Eines von Zehntausenden zerstörten Industriererken

Lage sind, Reparationen zu zahlen, wollen wir auch keinen Friedensvertrag.

Die höhere und die niedere Mathematik der Politik trafen hier zusammen – das Offenhalten der deutschen Frage und das Vermeiden gigantischer Reparationszahlungen. Sicherlich stand im Vordergrund die Überzeugung, daß ein Friedensvertrag nur mit dem ganzen Deutschland geschlossen werden könnte. Aber das handfeste Argument, daß mit dem Beginn von Friedensverhandlungen das Gespenst der Reparationen auftauchen mußte, wog ebenfalls schwer.

Angesichts dessen, was durch deutsche Kriegshandlungen und deutsche Kriegspolitik an Schäden entstanden war, hätten Reparationen den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik um Jahre zurückgeworfen, ja unmöglich gemacht.“ So weit Strauß.

Mir ist durchaus bewußt, daß es einer gewissen Portion Zivilcourage bedarf, das hier zur Diskussion gestellte Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Ohne Zweifel werden sofort ganze Armeen aufmarschieren, um all jene als Kommunisten zu verunglimpfen, die den Leistungen der Menschen aus der SBZ und der DDR in puncto Reparationszahlungen Respekt zollen. Aber ich bin mir sicher: Das sind wir vor allem den dortigen Nachkriegsgenerationen schuldig, die oft bis an die äußerste Belastungsgrenze Gehendes vollbracht haben. Man darf ihren Einsatz nicht als eine Fußnote abtun.

war. Auch in meinem Bekanntenkreis spreche ich darüber. Als Sozialdemokrat werde ich auf die griechischen Reparationsforderungen oft angesprochen.

Aber in Ostdeutschland muß dieses Thema viel umfassender auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wir dürfen unsere gemeinsame Vergangenheit nicht der millionenschweren DDR-„Aufarbeitungsindustrie“ und jenen Politikern überlassen, welche jeden, der sich sachlich zu Fragen der DDR-Geschichte äußert, unverzüglich als Kommunisten oder gar Stalinisten „einordnen“ und beschimpfen.

Seitdem ich das erwähnte Buch von Franz Joseph Strauß gelesen habe, steht für mich fest, daß zu „normalen“ DDR-Zeiten niemals eine Wiedervereinigung angestrebt worden wäre. Erhärtet wird mein Eindruck durch ein Interview, das der Kohl-Berater Horst Teltschik – von 1999 bis 2008 „Hausherr“ der Münchner Sicherheitskonferenzen – am 14. März 2015 dem Deutschlandfunk gegeben hat. Ich zitiere den entscheidenden Abschnitt, in dem er auf Befragten schildert, welche Tricks angewandt wurden, um einen Friedensvertrag zu verhindern.

„Gries: Der Zwei-plus-vier-Vertrag taucht, Herr Teltschik, zur Zeit in der europäischen Diskussion wieder auf, weil aus Athen Reparationsforderungen kommen, die sich auf den Zweiten Weltkrieg beziehen. Berlin antwortet mit Verweis auf den Zwei-plus-vier-Vertrag, all das sei vor

vierundzwanzigeinhalb Jahren abschließend geregelt worden. Hat die Bundesrepublik ihrer Ansicht nach recht?

Teltschik: Ja, natürlich, das war auch unsere klare Zielsetzung.

Gries: Aber das Wort ‚Reparationen‘ taucht in diesem Dokument nirgendwo auf.

Teltschik: Nein. Das ist klar, aber ...

Gries: Noch nicht einmal ‚Friedensvertrag‘.

Teltschik: Bewußt nicht, denn wir wollten ja keinen Friedensvertrag. Wir hatten ja schon im Herbst die Anfrage aus Moskau, ob die Bundesregierung möglicherweise zu einem Friedensvertrag bereit sein könnte. Wir haben ... von vornherein abgelehnt – nicht zuletzt wegen der Gefahr von Reparationsforderungen. Und da wäre ja nicht nur Griechenland ein Fall gewesen, sondern bekanntlich war das Nazi-Regime mit über 50 Ländern dieser Welt im Kriegszustand. Und stellen Sie sich vor, wir hätten im Rahmen eines Friedensvertrages Reparationsforderungen von über 50 Staaten auf dem Tisch gehabt.“

Was Teltschik am 14. März im Deutschlandfunk eingestand, hat Karl-Eduard von Schnitzler in seinem Buch „Der rote Kanal“ bereits 1992 konstatiert: „Kohl zögert mit seiner Oggersheimer Weltweite die Einheit Europas hinaus. Denn ‚erst ein Friedensvertrag‘? Das könnte ihn teuer zu stehen kommen: Dann säßen mehr als 50 ehemalige Kriegsgegner am Verhandlungstisch über Deutschland zu Gericht, um Reparationsforderungen zu stellen, die dann in astronomischer Höhe ins deutsche Haus stünden. Ohrenzeugin Thatcher bestätigte: ‚Er will nicht.‘“

Karl-Eduard von Schnitzler hatte also schon 1992 klar beschrieben, daß die Alt-BRD alles unternimmt, damit bloß keine Reparationsleistungen von ihr zu erbringen sind. Er sprach die Wahrheit. Und warum wurde er von so vielen Menschen – auch in der DDR – geringgeschätzt oder nicht verstanden? Auf diese Frage antwortet er selbst in seinem Buch: „... ‚40 Jahre DDR-Mißwirtschaft‘ ist inzwischen zu ‚40 Jahren Unrechtsstaat‘ eskaliert und dieser wiederum zu ‚40 Jahren Terrorstaat‘. ‚40 Jahre Unrecht, Unterdrückung, Versklavung, Lüge, Desinformation, Kulturfeindlichkeit‘ – alles Schlechte, Negative, Unerträgliche: und das ‚40 Jahre lang‘.

‚Wessis‘, die mit unerträglicher Ignoranz und Überheblichkeit zu wissen vorgeben, was alles falsch und schlecht war und wie es nun richtig und besser zu machen sei, sind noch eher verständlich. Wenn es aber ehemalige DDR-Bürger glauben und es ihnen nachschwätzen, so frage ich: Wo ist Euer Gedächtnis geblieben, wo die Erinnerung, wie es wirklich war?“

Ich selbst komme zu folgender Erkenntnis: All die Wiedervereinigungsbekundungen sämtlicher aufeinanderfolgender Regierungen und Politiker der BRD waren nur eine Täuschung der eigenen Bevölkerung, aber besonders eine Irreführung der Menschen in der DDR.

Johann Weber, Ruhstorf (Niederbayern)